

Antrag

**der Abgeordneten Karin Prien, Franziska Grunwaldt, Dennis Gladiator,
Philipp Heißner, Birgit Stöver, Jörg Hamann (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/2386

Betr.: Bessere medizinische Versorgung der Flüchtlinge sicherstellen

Flüchtlinge brauchen unmittelbar nach Ankunft eine angemessene medizinische Versorgung. Nach wochen- und monatelanger Flucht sind viele auch körperlich in einem sehr schlechten Zustand. Hepatitis A, B und C, TBC, Keuchhusten, Mumps und Windpocken, um nur einige der nach Paragraphen 6 und 7 Infektionsschutzgesetz (IfSG) meldepflichtigen Krankheiten zu nennen, treten immer wieder in Flüchtlingsunterkünften in Hamburg auf. Bisher wurden sie überwiegend erfolgreich behandelt und im Falle von stark ansteckenden Krankheiten wurde eine Ausbreitung verhindert. Doch all das ist zum Teil auch dem Glück zu verdanken, denn die zu späte Erst- und Röntgenuntersuchung und die unzureichende medizinische Versorgung in den Unterkünften verhindern, dass die Krankheiten schnellstmöglich erkannt werden. Dass diese nicht den erforderlichen Standards entspricht, belegen auch die Angaben der Feuerwehr, die regelmäßig mit ihren Rettungswagen zu den Flüchtlingsunterkünften gerufen wird. Auch die medizinische Ausstattung in den Einrichtungen selbst muss verbessert werden. Besonders Frauen und Kinder brauchen ein erweitertes medizinisches Angebot. Zwar gibt es in einigen Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften stationäre Ambulanzen, eine kinderärztliche Sprechstunde wird aber nur in Unterkünften ab 500 Personen angeboten. Hier ist von einer Sprechstunde in der Woche auszugehen. Eine gynäkologische Sprechstunde gab es mit Stand Anfang Oktober 2015 nur in der Schnackenburgallee. Die notwendige Röntgenuntersuchung findet bisher nur beim Tuberkulosebekämpfungszentrum im Bezirk Mitte statt.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. sicherzustellen, dass die Erstuntersuchung von Flüchtlingen bereits drei Tage und die Röntgenuntersuchung für den Ausschluss einer TBC bereits eine Woche nach Ankunft in Hamburg erfolgen.
2. Aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen ist das Tuberkulosebekämpfungszentrum im Bezirk Mitte durch den Einsatz einer mobilen Röntgeneinheit (Röntgenbus) zu verstärken.
3. dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Frauen in allen ZEA mindestens an einem Tag in der Woche einen fachärztlichen Ansprechpartner im Rahmen einer pädiatrischen und gynäkologischen Sprechstunde erhalten. Der Umfang der Sprechstunden ist angesichts der Nachfrage vor Ort zu ermitteln.
4. im Interesse der Flüchtlinge, aber auch der einheimischen Bevölkerung, in allen ZEA die von der STIKO empfohlenen Impfungen aktiv anzubieten.
5. die vorhandenen einheitlichen Musterhygienepläne auch in den Herkunftssprachen auszuhängen und mit Piktogrammen zu versehen.